

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

Oktober 2003

ÜBERSICHT

- **Entwicklung der Parteien**
- **Innenpolitische Entwicklung**
- **Deutsch-Tschechische Beziehungen**
- **Tschechien und die EU**
- **Info-Mail**

Entwicklung der Parteien

Laut Meinungsumfrage des Instituts STEM vom Oktober würde die ODS 32,6% der Wahlberechtigten, die Sozialdemokraten (ČSSD) 16,6%, die Kommunisten (KSČM) 18,5%, die Christdemokraten (KDU-ČSL) 6,7% und die Freiheitsunion (US-DEU) nur 3,5% der Stimmen bekommen. Sollten im Oktober Parlamentswahlen stattfinden, würde somit die ODS auf der Basis der von STEM erfragten Wählerpräferenzen 88, die ČSSD 44, die KSČM 50 und die KDU-ČSL 18 Mandate erhalten. Dies würde eine Regierungskoalition der ODS mit der KDU-ČSL mit 106 zu 94 Mandaten ermöglichen (Graphik siehe Anlage).

Wegen Alkoholproblemen versäumte der Abgeordnete Petr Kott (ODS) wichtige Parlamentsabstimmungen. Auf Druck der eigenen Partei verließ er Anfang Oktober die ODS-Fraktion. Sein Abgeordnetenmandat gab er jedoch nicht ab.

Im Rahmen der parteiinternen Nominierungswahlen des Stadtverbandes Prag der ODS am 25. Oktober wurde als Spitzenkandidat für die im Jahr 2004 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament der 1. Stellv. Parteivorsitzende und Abgeordnete Jan Zahradil gewählt.

Die Wahlliste der Sozialdemokraten wird voraussichtlich der ehemalige Pressesprecher der Regierung von Miloš Zeman, der Abgeordnete Libor Rouček (ČSSD), anführen.

Der ehemalige Verteidigungsminister und Abgeordnete Vilém Holáň hat die besten Chancen die Kandidatenliste der KDU-ČSL für die Europawahl anzuführen. Das Nominierungsverfahren der tschechischen Parteien ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Innenpolitische Entwicklung

Während der Oktobersitzung debattierte das tschechische Abgeordnetenhaus, trotz Proteste einiger Abgeordneter der KDU-ČSL und der ODS, ein Gesetz zu Ehren des 1948 verstorbenen Präsidenten der ehemaligen Tschechoslowakei Edvard Beneš. Im umstrittenen Gesetzentext steht, dass dieser sich für den tschechoslowakischen Staat verdient gemacht habe. Bisher wurde nur dem Staatsgründer Masaryk eine solche Ehre zugesprochen.

Am 15. Oktober gelang es der Regierungskoalition im Rahmen einer Abstimmung im Abgeordnetenhaus das Haushaltsgesetz für das Jahr 2004 in erster Lesung zu verabschieden. Der Haushalt für das nächste Jahr beinhaltet ein Defizit von 115 Milliarden Kronen (ca. 370 Millionen EUR).

In der ersten Runde einer Nachwahl am 1. November für den Senat im Kreis Strakonicko (Südböhmen), die auf Grund der Ernennung des bisherigen Senators und Vize-Premierministers Pavel Rychetský (ČSSD) zum Präsidenten des tschechischen Verfassungsgerichts durchgeführt werden musste, erhielt die

meisten Stimmen (28,4%) der Vize-Bürgermeister von Strakonice Pavel Pavel (ODS). An zweiter Stelle platzierte sich mit 18,2% der Kandidat der Christdemokraten Josef Kalbáč (KDU-ČSL). Da nur die ersten beiden Kandidaten an Wahlrunde am 8. November teilnehmen können, haben die Sozialdemokraten definitiv einen ihrer Wahlkreise verloren. Ihre Senatsfraktion hat im Senat (81 Senatoren) somit nur noch 10 Mitglieder.

Deutsch-Tschechische Beziehungen

Mehr als hundert Tschechen und Deutsche sprachen sich in einer von zwei Prager Politologen, Bohumil Doležal und Jiří Pehe, Anfang Oktober initiierten gemeinsamen Erklärung dafür aus, die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg offen und eindeutig zu verurteilen. Zu den Signatären der Erklärung, die den Titel „Ohne Kritik an der Vergangenheit gibt es keine Zukunft“ trägt, gehören u.a. der Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie, Prof. Dr. Tomáš Halík, der Senior der Evangelischen Kirche Böhmisches Brüder, Pavel Smetana, sowie der ehemalige tschechische Botschafter in Deutschland František Černý. In der Erklärung, die auf wenig Interesse in den tschechischen Medien stieß, heißt es: „**Die Tatsache, dass die Vertreibung der Deutschen durch den Naziterror hervorgerufen wurde, erklärt sie, aber rechtfertigt sie nicht. Schon damals widersprach sie der europäischen Auffassung der Menschenrechte und den demokratischen Prinzipien. Sie ist daher eindeutig und ohne Umschweife zu verurteilen.**“ Die Erklärung ist eine Reaktion auf die seit mehreren Monaten anhaltende Debatte über das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“. Der tschechische Premierminister Špidla hat sich gegen ein solches Projekt ausgesprochen. Die Debatte über das Zentrum findet jedoch, vor allem im Vergleich zu der Situation in Polen, wenig öffentliche Resonanz.

Am 14. Oktober lehnte der Verwaltungsrat des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds auf seiner Sitzung in Berlin eine humanitäre Geste gegenüber einer Gruppe von Sudetendeutschen ab, die besonderes Leid durch Vertreibung oder Inhaftierung erfahren hat. Gegen das seit vier Jahren verfolgte Projekt der Arbeitsgruppe der sudetendeutschen Sozialwerke stimmten sechs der acht

Mitglieder des Verwaltungsrates: die vier tschechischen Vertreter im Verwaltungsrat sowie Antje Vollmer (Bündnis 90/ Die Grünen) und Helmut Bilstein (SPD). Sie begründeten dabei ihre Entscheidung mit dem Text der Deutsch-Tschechischen Erklärung, dass „geförderte Projekte insbesondere Opfern nationalsozialistischer Gewalt zu gute kommen“ sollen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober).

Als „großen Europäer und Vorkämpfer der Völkerverständigung“ bezeichnete der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bernd Posselt MdEP den bisherigen Vorsitzenden des Verbandes der tschechischen NS-Opfer Oldřich Stránský. Der Vorstand des Verbandes entzog Stránský im Oktober seines Amtes, weil er die Eröffnung eines Büros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in einem Brief an Posselt befürwortete. Posselt bezeichnete dieses Vorgehen in einer Pressemitteilung vom 23. Oktober als eine „gezielte Operation nationalistischer und kommunistischer Kräfte, um den Aussöhnungsprozess zwischen Tschechen und Deutschen zu stören.“ Laut tschechischen Presseberichten sollen bei der Entscheidung des tschechischen Verbandes auch andere Gründe eine Rolle gespielt haben. Einige tschechische Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime sollen neidisch auf den Erfolg Stránský hinsichtlich der durchgesetzten Entschädigung jüdischer NS-Zwangsarbeiter sein.

Die gemeinsame Erklärung der Staatspräsidenten Deutschlands und Polens zur europäischen Aufarbeitung von Flucht und Vertreibungen im 20. Jahrhundert stieß in Prag auf wenig Verständnis. Premierminister Vladimír Špidla bezeichnete den Text dieser Initiative in Tageszeitung „Lidové Noviny“ vom 29. und 30. Oktober als unausgewogen. Im diesen Sinne äußerte sich auch Präsident Václav Klaus. Er hält das Eröffnen der Vertreibungsfrage auf europäischer Ebene für falsch. Es handle sich um ein bilaterales deutsch-tschechisches bzw. deutsch-polnisches Problem. Die Frage stand auch im Rahmen des Gipfels der Präsidenten der Visegrad-Staaten, der am 3. November in Budapest stattfand, nicht zur Debatte. Laut der Tageszeitung „Právo“ vom 4. November wurde das Thema nach einer Intervention der Tschechen nicht auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens gesetzt.

Tschechien und die EU

Am 4.-5. Oktober nahmen Premierminister Vladimír Špidla und Außenminister Cyril Svoboda an der Eröffnung der Regierungskonferenz der EU in Rom teil. Die tschechische Regierung, die schon im Vorfeld des römischen EU-Gipfels Anfang September in Prag ihre Einstellung zur EU-Verfassung mit weiteren kleinen und mittelgroßen Staaten der EU koordinierte, nimmt hinsichtlich der möglichen Veränderungen des vom EU-Konvent vorbereiteten Verfassungstextes eine eher moderatere Stellung ein. Im Gegensatz zur oppositionellen ODS, die den derzeit vorliegenden Verfassungsvorschlag überwiegend ablehnt, ist die Regierungskoalition mit der Ausrichtung der im Verfassungstext enthaltenen Reformen der EU-Institutionen grundsätzlich einverstanden. Sie wird jedoch keine Aufwertung der großen Staaten zum Nachteil der kleineren Staaten unterstützen. Staatspräsident Václav Klaus, der zunächst an der Eröffnung der Regierungskonferenz in Rom teilnehmen wollte, steht dem ganzen Verfassungsprojekt sehr skeptisch gegenüber.

Premierminister Špidla legte in Rom u.a. folgende Änderungsvorschläge des Verfassungstextes vor:

- Das Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat sollte sich auf mind. 60% der Mitgliedsstaaten stützen, die zugleich mind. 60% der EU-Bevölkerung repräsentieren.
- Jedes EU-Mitglied sollte in der Kommission unbefristet auch weiterhin einen Vertreter mit vollem Stimmrecht beibehalten.
- Das bestehende Rotationsprinzip im Ratsvorsitz sollte prinzipiell bestehen bleiben. Denkbar wäre jedoch, den Vorsitz von 3-4 Staaten auf 12-18 Monate auszuweiten.
- Die Funktionen des zukünftigen EU-Präsidenten und EU-Außenministers sollten klar abgegrenzt werden und sich eher auf repräsentative Aufgaben beschränken.
- Die im Vertrag von Nizza vorgesehene Sitzverteilung im Europäischen Parlament sollte nicht zum Nachteil Tschechiens verändert werden.

- In der Präambel der EU-Verfassung sollte ein expliziter Hinweis auf die christlich-jüdischen Wurzeln der europäischen Gesellschaft aufgenommen werden.
- Die GASP sollte auch weiterhin im engen Einvernehmen mit der NATO fortentwickelt werden, um die transatlantischen Beziehungen nicht zu gefährden. Eine engere Kooperation einiger Staaten im Verteidigungsbereich, wie dies im Vertrag von Nizza vorgesehenen ist, wird nicht befürwortet.

Laut einer Meinungsumfrage der Agentur STEM, unmittelbar nach dem EU-Gipfel, sprachen sich mehr als die Hälfte der Befragten (53%) für ein Referendum zur geplanten EU-Verfassung aus.

Den letzten regelmäßigen EU-Fortschrittsbericht will die Europäische Kommission am 5. November veröffentlichen. Trotz der zu erwartenden Kritik in ausgewählten Bereichen fällt er in diesem Jahr wohl eher positiv aus. Tschechien wird im Vergleich zu seinen Nachbarn relativ gut bewertet. Die Kommission kritisiert dabei drei Punkte (Polen neun): Erstens wird unserem Gastland eine unzureichende Durchsetzung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgeworfen, zweitens wird auf einen Mangel an rechtlichen Grundlagen zur gegenseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen hingewiesen und drittens wird das Land zu einer strengerer Einhaltung von hygienischen Auflagen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie sowie hinsichtlich der technischen Vorschriften für das Verkehrswesen aufgefordert.

Info-Mail

Anfang Oktober legte Präsident Václav Klaus dem Senat einen neuen Kandidaten für das Amt des Verfassungsrichters, Prof. Dr. Jan Musil, Prorektor der Polizeiakademie und Leiter des Lehrstuhls für Strafrecht an der Juristischen Fakultät der Karlsuniversität, vor. Laut Aussage des Senatspräsidenten Dr. Petr Pithart hat Musil gute Chancen von den Senatoren bestätigt zu werden. Das tschechische Verfassungsgericht bleibt weiterhin mit 11 von 15 Richtern

unvollständig besetzt. Anfang November wird eine weitere Verfassungsrichterin aus ihrem Amt ausscheiden. +++ Am 14. Oktober wurde der ehemalige Staatspräsident Václav Havel von den Präsidenten beider Kammern des tschechischen Parlaments mit der höchsten staatlichen Auszeichnung, dem Orden des Weißen Löwen und dem Orden von T.G. Masaryk, geehrt. Präsident Václav Klaus nahm an der Zeremonie wegen „anderer Verpflichtungen“ in Pilsen nicht teil. +++ Am gleichen Tag lehnte es Liechtenstein auf Grund von unerfüllten Restitutionsansprüchen an die tschechische Regierung ab, den Erweiterungsvertrag, der den Beitritt Tschechiens und aller weiterer Kandidatenländer zum Europäischen Wirtschaftsraum ermöglichen soll, zu unterschreiben. Neben Liechtenstein haben sich auch die zwei nicht EU-Mitglieder, Island und Norwegen, diesem Vorgehen angeschlossen. +++ Finanzminister Bohuslav Sobotka (ČSSD) wurde Ende Oktober zum neuen Vize-Premierminister ernannt. Er löste in seiner Funktion den ehemaligen Vizepremier- und Justizminister Pavel Rychetský (ČSSD) ab.

Prag, den 4. November 2003

Frank Spengler/ Petr Blažek

Anlage: Entwicklung der Wählerpräferenzen in Tschechien im Jahre 2003

(Quelle: Prager Zeitung)

